

Kampuchea

DER VIETNAM-KRIEG IST NICHT ZU ENDE

5 Was hat eigentlich Kampuchea verbochen, um in die westliche Liste der staatlichen Problemfälle zu gelangen, die als störende Ausnahmen in der Völkergemeinschaft einer gründlichen ‚Lösung‘ bedürfen? Diese weltpolitische Aufmerksamkeit ist ja für die betroffenen Bewohner dieses Landes kein Glücksfall; bevor die sich jetzt absehbar an staatliche Verhandlungstische verlagert, ist der Beweis, daß Kampuchea ein Krisenherd ist, schon längst praktisch erbracht worden. Drei
10 Rebellenbewegungen, die ihre Operationsbasis in Thailand haben und entweder auf der Contraliste des amerikanischen Staatshaushalts stehen oder von China militärisch ausgestattet werden, tun das ihnen Mögliche, um die Opfer zu schaffen, die gegen das Zufriedenlassen eines Staates sprechen, über den keiner mehr als das zu wissen braucht, daß dort Bürgerkrieg ist.

Was an Kampuchea stört

15 Von ‚aggressiven‘ Versuchen Kampuchreas, die politischen Verhältnisse in Südostasien zu ‚destabilisieren‘, ist nie etwas bekannt geworden. Wenn an der Grenze zu Thailand öfter geschossen wird, dann weil es das Aufmischen in umgekehrter Richtung gibt. Die weltpolitische Aktivität Kampuchreas hat ihren Höhepunkt im Nachzählen der Nein-Stimmen bei der
20 alljährlichen UNO-Verurteilung der “illegitimen” Regierung in Pnom Penh. Auch um die ‚Verletzung der Menschenrechte‘ hat sich das Land nicht besonders verdient gemacht. 1978 hat die jetzige Regierungsmannschaft die Roten Khmer aus dem Land verjagt, deren Bluttaten im Namen einer radikalen Umerziehung des kambodschanischen Volkes dem Westen damals bewiesen haben, daß Kommunismus überhaupt eine Sache der Steinzeit ist. Heute zählen die gleichen Roten Khmer zum Bündnis des “Demokratischen Kampuchea”, dessen Recht auf
25 Wiedereinzug in Pnom Penh die USA mit Waffen unterstützen.

Das “Verbrechen”, das dadurch gesühnt werden soll und das Kampuchea zu einem Konfliktherd gemacht hat, besteht in nichts Geringerem als darin, daß in Pnom Penh die falsche Regierung an der Macht ist. Das ist ein sehr abstrakter - und darum totaler - Vorwurf. Er macht sich erst gar nicht abhängig von dem, was diese Regierung treibt und will, im Land und außerhalb. Die
30 Ausmalung der Verbrechen, die sozialistische Planwirtschaft an Leib und Seele der Menschen anrichten soll, kann bei Kampuchea gänzlich entfallen; das interessiert keinen. Genau so wenig zählen Notizen, daß heute die Bevölkerung wieder einigermaßen genährt herumläuft, daß auf dem Schwarzmarkt in Pnom Penh alles zu haben ist, was kapitalistischer Fleiß in Ostasien zustandebringt, und daß diese Schmuggelwirtschaft inzwischen offiziell als - wenn auch
35 mißtrauisch beäugter - Teil des “sozialistischen Aufbaus” anerkannt ist. Zu mehr als dieser wirtschaftlichen Öffnung bringt es ein Land nicht, das von westlichen Staaten und deren Banken mit Wirtschaftsboykott belegt ist.

Von jeder Kenntnis ungetrüb, wird das Unrecht, Kampuchea in falschen Händen zu wissen, nur um so klarer: In Pnom Penh hat ein *Marionettenregime* das Sagen, das von Vietnam eingesetzt ist
40 und militärisch gestützt wird. Daß das ein Verbrechen an der nationalen Khmer-Seele ist, leuchtet

der westlichen Öffentlichkeit ebenso spontan ein wie jedem Bundesbürger das Glaubensbekenntnis seiner Politiker, die Anwesenheit amerikanischer GI-Boys sei das feste Unterpfand deutsch-amerikanischer Freundschaft. Jedermann würde sich lächerlich machen, wenn er dieses Bekenntnis als Eingeständnis der nationalen Ohnmacht Bonner Politiker nehmen würde; für das von Vietnam "besetzte" Kampuchea ist das genau die richtige Sichtweise.

Obwohl es dieser Wahrheitsfindung nicht dient: Zur "Unterdrückung" eines aufständischen Volkes, das gegen eine "fremde" Regierung rebelliert, sind die vietnamesischen Truppen nicht im Land. Eine innere Opposition, die wie in Afghanistan den regierenden Kommunisten - die Machtausübung bestreitet, gibt es nicht zu bekämpfen. Die kambodschanische Volksarmee und die vietnamesischen Truppen bekommen es vielmehr militärisch nur mit den wahren Nationalisten zu tun, die im Sold der USA und Chinas stehen. Gelitten wird in Kampuchea auch nicht unter einem "Ausplünderungsinteresse" Vietnams. Daß sich Völkerfreundschaft lohnt, beweist Hanoi mit "brüderlicher Hilfe" - eine Tatsache, die selbst hierzulande gerne hämisch vermeldet wird als eine Last, die sich Vietnam eigentlich nicht leisten kann. Daß bei solchen aus Staatsinteressen heraus angeordneten Völkerfreundschaften der volkseigene Nationalismus nicht ausstirbt, ist kein Rätsel. Dafür braucht es keine Ethnologen, die rassistische Ahnenkunde betreiben und den Khmer- und Viet-Völkern eine von Adam und Eva herrührende waldursprüngliche Abneigung andichten.

Unbelastet von exotischen Details, stellt sich für die zuständigen Hüter einer gerechten Weltordnung das Problem Kampuchea ganz einfach: Dieses Land leidet unter einer *falschen Schutzmacht*. Bevor Vietnam nicht wieder hinter seine Grenzen, in die Isolierung, die der Westen durch den politischen und wirtschaftlichen Boykott, den er über dieses Land verhängt hat, zurückgedrängt ist, kann es keine befriedigende Lösung für Kampuchea geben. Dem militärischen und politischen Willen der USA, die derzeitigen Verhältnisse in Kampuchea zu verändern, ist deshalb auch kein Programm für ein künftiges "demokratisches" Kampuchea zu entnehmen. An diesem Land wird von den USA ein rein negatives Interesse exekutiert: Ein wie auch immer gearteter Einfluß Vietnams in Indochina hat kein Existenzrecht. Diesen Regelungsbedarf melden die USA an - als Verhandlungsangebot an die andere Seite.

Der Vietnamkrieg: Die USA befrieden eine Region

So bleibt Kampuchea und seiner Bevölkerung die weltpolitische Aufmerksamkeit erhalten anders als die studentische Protestbewegung, die sich einst für den "Sieg im Volkskrieg" und für Ho-Chi-Minh begeisterte, haben die Friedenspolitiker der USA weder den Vietnamkrieg noch Vietnam vergessen. In und an Vietnam hatten die USA mit der größten Streitmacht, die sie nach dem Zweiten Weltkrieg losschickten, ein Lebensprinzip des Freien Westens durchgefochten: Die fällige Entkolonialisierung der "Dritten Welt" nicht zu einer Einflußnahme des Ostens - werden zu lassen, sondern die neue Staatenwelt in eine Weltordnung einzubinden, die in Frontstellung gegen einen auf sich zurückgeworfenen Ostblock stand ("containment"). Eine solche Entwicklung war damals alles andere als selbstverständlich. Für die Mittel im Kampf gegen die alten Kolonialherren war die UdSSR die natürliche Anlaufstelle, und ohne das Beiwort "sozialistisch" kam keine Befreiungsbewegung aus. Gegen diese Gefahr, der die Amerikaner in ihrem unbefangenen Wissenschaftsglauben den Namen "Domino-Theorie" gaben, traten die USA in

Vietnam an. Dort hatte sich mit der Niederlage Frankreichs in Dien Bien Phu die Unfähigkeit der alten Kolonialmächte, für die richtige Entkolonialisierung zu sorgen, exemplarisch gezeigt; genauso wie Nordvietnam mit seinem Kampf für die nationale Wiedervereinigung gegen das westlich gestützte Regime in Saigon den "aggressiven" Charakter des Weltkommunismus bewies.

5 An den Bomben- und ‚Agent-Orange‘-Teppichen, mit denen die USA Vietnam belegten, wollte die Vietnambewegung die widerliche Fratze des US-Imperialismus erkennen, der ohne Not und überzogen Greueltaten in Vietnam beging. So dokumentierte sie allerdings nur ihren Glauben an eine der demokratischen Führungsmacht zukommende Rolle, sich überall in der Welt positiv einzumischen; der Verstoß gegen diese zuge dachte Aufgabe machte in ihren Augen den
10 Vietnamkrieg zum Völkermord. Mit der Interpretation des Rückzugs der GIs aus Vietnam als Niederlage aus erzwungener Einsicht, war der demonstrierte Zweifel an der Güte einer demokratischen Weltmacht dann so gut wie verflogen - und das weitere Schicksal Vietnams, an dem die Völker der Welt sich ein Beispiel nehmen sollten ("zwei, drei, viele Vietnam!") war uninteressant geworden. Da lagen bundesdeutsche Politiker, die damals die "Freiheit Berlins in
15 Vietnam verteidigt" sahen, der Wahrheit schon näher, also dem entschiedenen Interesse des Westens, die Entkolonialisierung zu einem Bollwerk gegen den Osten zu machen.

Am Ende zogen die USA ohne Not ab und überließen ihren Bündnispartner Süd vietnam der militärischen Gewalt des kommunistischen Nordens. Dieselben Politiker, die Nordvietnam in die Steinzeit zurückbomben ließen, wunderten sich nachträglich darüber, warum sie "unsere US-
20 Boys" in den Dschungel geschickt hatten, bloß um eine unfähige Marionettenregierung zu verteidigen.

Eine Lektion für die Sowjetunion und ihre Freunde

Schließlich haben die Erfolge der USA im Vietnamkrieg ein anderes Kaliber. Der Sowjetunion hat
25 der Freie Westen in Vietnam bewiesen, daß jeder Einfluß der SU außerhalb des Ostblocks nur nominell bleiben sollte. Mit dem wiedervereinigten Vietnam hat der Ostblock einen Bündnispartner dazugewonnen, der diesem keinen Machtzuwachs bringt, sondern dem RGW als dauernder Pflegefall erhalten bleibt. Dafür haben die Amerikaner gesorgt, indem sie in Vietnam den Boden und die Wirtschaft auf Jahrzehnte hinaus ruiniert haben. An dem so zerstörten Land
30 demonstrierte der Westen, daß sich für keinen Staat in der Welt eine Freundschaft mit der Sowjetunion lohnt; statt der vertraglich versprochenen Aufbauhilfe der USA überzog der Westen Vietnam mit einem Wirtschaftsboykott. Einen totalen Eintritt ins feindliche Lager hat seitdem kein
Dritt welt-Staat mehr beschlossen; Vietnam ist eine Ausnahme in einer ansonsten demokratisch und weltwirtschaftlich geleiteten Weltordnung geblieben.

35 Und doch stellt der Erfolg des Vietnamkrieges auch keinen amerikanischen Politiker zufrieden - das ihnen angedichtete "Vietnamtrauma" hat keinen US-Präsidenten seit Nixon davon abgehalten, überall in der Welt regelnd einzugreifen. Vietnam bleibt als Ausnahme in einer ordentlich vom Ostblock abgegrenzten Welt immer noch eine Ausnahme zuviel. Die strategische Einhegung des Ostens kann nicht vollendet sein, solange die Rote Flotte selbst im Pazifik ihre Stützpunkte hat.

40 Und so weit sich Vietnam immer noch außenpolitisch in Südostasien, das mit dem politisch-militärischen Bündnis der ASEAN-Staaten ansonsten eine "Zone des Friedens" ist, bemerkbar

macht, bleibt Indochina auf der Liste weltpolitischer Störfälle. Die haben heute nur eine andere Verlaufsform bekommen - auch das ein Erfolg, warum sich der Vietnamkrieg für den Westen gelohnt hat. Heute gilt Kampuchea als regionaler Konflikt - und zwar als einer der minderen Güteklasse. Begonnen hatten die USA ihr Vietnam-Engagement mit dem praktischen Bekenntnis, bei der Bestrafung Vietnams auf dessen Garantiemacht, die UdSSR, keine Rücksicht nehmen zu wollen. Dafür war die Versammlung des gesamten militärischen Potentials der Weltmacht in und um Vietnam der Einsatz von Atomwaffen wurde mehrmals erwogen - auch nicht zuviel. Der Vietnamkrieg war von den USA auf das Risiko einer unmittelbaren Konfrontation mit der Sowjetunion angelegt. Den Weltkriegsanlaß Vietnam hat die UdSSR dagegen nur in einer Hinsicht angenommen: Sie unterstützte Nordvietnam militärisch darin, einen endgültigen Sieg der USA in Vietnam zu verhindern.

“Die Sowjetunion trat den USA keineswegs mit einer Macht und einem Nachdruck entgegen, die geeignet oder auch nur darauf berechnet gewesen wären, ihrer Garantie für ein ungeteiltes Vietnam Geltung zu verschaffen oder den Krieg der USA zu verhindern oder zu beenden. Ihre Hilfe war gerade so bemessen, daß sie den Krieg für die USA lang und teuer machte - ungeachtet dessen, daß er zuallererst und vor allem für die Vietnamesen teuer und blutig wurde. Sie bewährte sich als antiimperialistischer Gegner der USA - aber als einer, der deren Imperialismus nicht zu gefährden, zu bekämpfen oder auch nur entscheidend zu behindern gedachte, sondern genau so weit schwächen wollte, daß an der Beachtung und *Anerkennung* seiner eigenen weltpolitischen Bedeutung kein Weg mehr vorbeiführte. Mit ihrem jederzeit betont “maßvollen” Engagement in und für Vietnam brachte die Sowjetunion das Kunststück fertig, dem amerikanischen Imperialismus seine Rücksichtnahme auf gewisse eigene Machtansprüche aufzuzwingen und gleichzeitig die Drohung und Gefahr zu relativieren, die die USA in ihren Machtansprüchen erblickten.” (Held/Ebel, Krieg und Frieden, Frankfurt/Main 1983, S. 243)

Mit diesem militärischen und diplomatischen Umgang mit der amerikanischen, in Vietnam ausgefochtenen Bestreitung eines weltpolitischen Mitspracherechts der Sowjetunion hat sich der Gegner einer imperialistischen Weltordnung für deren Führungsmacht ein Stück weit kalkulierbar gemacht. Daß alle politischen und militärischen Streitfälle in der Welt ihren letzten Grund in der Feindschaft zweier Weltmächte haben, und daß die gegenseitige Verständigung über diese Gegnerschaft auch eine Form ist, sie auszutragen, hat den Politikern der USA eingeleuchtet. Die damit ausgesprochene Anerkennung der UdSSR als dem in Weltangelegenheiten mitzuständigen feindlichen Partner galt der selbsternannten “Weltfriedensmacht”, die die so erreichten besonderen Beziehungen zur anderen Supermacht mit dem Versprechen honorierte, dem amerikanischen Zugriff auf den Rest der Welt keine praktische Gegenoffensive entgegenzusetzen. So brach noch mitten im blutigsten Abschlagen der ‘Combies’ und während der schönsten Entlaubungsaktionen die “Entspannungsära” an.

Mit dem Abzug der GIs aus Vietnam, die das Saigoner Regime seinem Schicksal überließen, wurde aus dem weiteren Geschick dieser Weltgegend der historisch erste Fall in der Reihe der vom Westen entdeckten “regionalen Konflikte”.

Kampuchea: Seit dem Sturz des “Völkermörders” Pol Pot ein Friedensproblem

Weihnachten 1978 marschierten Truppen Hanois in Kampuchea ein, verjagten die Regierung der Roten Khmer und verhalfen einer vietnamfreundlichen kommunistischen Regierung zur Macht. Die westliche Öffentlichkeit, eben noch mit dem Abscheu vor dem Menschenschlächter und Völkermörder Pol Pot beschäftigt, war sich von einem Tag auf den anderen sicher, daß Vietnam damit in ihren Augen jede Sympathie, die es niemals besaß, verloren hatte. Die objektive Analyse "völker- und menschenrechtswidriger Überfall" fiel so grundsätzlich aus wie das zugrundeliegende Interesse, Vietnam habe außerhalb der Grenzen seines ruinierten Staatsgebietes politisch nichts zu suchen. Für die politisch Verantwortlichen stellte sich die Aufgabe einer antivietnamesischen Umkehr des Landes - nicht mehr und nicht weniger.

Arbeitslos gewordene kambodschanische Politiker aller Couleur wurden mit weltpolitischer Anerkennung und militärischer Ausrüstung versorgt. Seitdem sorgen die Truppen des stramm pro-westlichen Son Sann, die Anhängerschaft des Königssprosses Sihanouk - der seinen Kampf für die "nationale Unabhängigkeit" Kampuchreas als von Frankreich eingesetzter Regent begann und heute abwechselnd in Paris und in Nordkorea residiert - und die prochinesischen Guerilla des "Völkermörders" Pol Pot für Unruhe an der westliche Grenze Kampuchreas. Zusammengeschlossen sind sie in der von der UNO-Völkerwelt anerkannten gemeinsamen Regierung "Demokratisches Kampuchea". Wirksam wird diese Zusammenarbeit vor Ort in den gegenseitigen Überfällen aufeinander. Den drei "Befreiungsbewegungen" geht es um die besten Startchancen in einem "befreiten" Kampuchea, dessen Zustandekommen von ihnen gar nicht abhängig ist. Für sich sind sie unfähig, die provietnamesische Regierung Heng Samrins zu stürzen und an einem "unabhängigen" Kampuchea, in dem nach dem derzeitigen Kräfteverhältnis der Contra-Gruppierungen Pol Pot zum Zuge käme, besteht im Westen kein Interesse nicht wegen seiner Untaten, sondern wegen seiner prochinesischen Stellung. So wird bei aller entschiedenen Verurteilung der Aggressivität Vietnams das Kriegsgeschehen in Kampuchea als weltpolitisch untergeordnetes Problem ge- und behandelt.

Der Einmarsch Vietnams hat auch die kritische Öffentlichkeit, die einstmals für "zwei, drei, viele Vietnams" auf die Straße gegangen war, eines Besseren belehrt. Damit war Vietnam unbrauchbar geworden für das Mitleid, das dem Heldenmut kleiner Völker gilt, die zum Opfer einer Weltmacht werden. Ein Antiamerikanismus, der keine Ahnung haben wollte von den Gründen der USA, Vietnam zum Material einer weltpolitischen Entscheidungsschlacht zu machen, war genau so uninteressiert am politischen Inhalt des "Sieges im Volkskrieg", für den in Vietnam gestorben wurde.

Vietnam: Das weltpolitische Programm eines Kriegsoffers

Behauptet hat sich mit der Unterstützung durch die Sowjetunion und China ein kommunistischer Staat, der seine Aufgabe nicht darauf beschränken mochte, einer hungernden Kriegsofferbevölkerung auf einer unbrauchbar gemachten Erde das Überleben zu sichern. Der Vietnamkrieg hatte mit der weltpolitischen Anerkennung der Souveränität des wiedervereinigten kommunistischen Vietnam geendet; die dafür erbrachten Opfer des Volkes münzten Vietnams Politiker in den Auftrag um, auch außenpolitisch eine Rolle zu spielen. Auf gut realsozialistisch nennt die sich "Völkerfreundschaft" und spielt sich unter regierenden Politikermanschaften ab.

Daran gemessen, was andere Staaten an außenpolitischen Ansprüchen aus dem Recht ihrer Souveränität ableiten, nimmt sich das selbsterklärte Ziel der vietnamesischen Kommunisten relativ bescheiden aus, als Hüter und Garant der "Sonderbeziehungen der indochinesischen Völker" zu wirken. Für die Entdeckung dieser Aufgabe brauchten Hanoi Politiker noch nicht einmal die ihnen angeborene "aggressive Eroberungsmentalität" zu bemühen. Diese Sonderbeziehungen hat schon die alte Kolonialmacht Frankreich hergestellt. Ihr imperialistischer Nachfolger, die USA, haben diesen Zusammenhang noch nachdrücklich bekräftigt. Der Vietnamkrieg galt ja - gemäß der „Domino-Theorie“ - der Befriedung einer ganzen Region und hielt sich nicht an die engen Grenzen Vietnams. Das amerikanische Flächenbombardement Kampuchreas - das einigen hunderttausend Menschen das Leben kostete, ist nur noch schneller vergessen worden als das nachfolgende "Schreckensregime" Pol Pots. Als Saigon 1975 eingenommen wurde, hatten auch die Pathet Lao in Laos gesiegt und waren die Roten Khmer in Pnom Penh eingezogen und hatten den Günstling der USA, Lon Nol, vertrieben.

Das Bemühen Vietnams um befreundete Regierungen in Laos und Kampuchea war weder die Fortsetzung eines "Siegs im Volkskrieg" noch das "Streben nach einer hegemonialen Vormachtstellung" - so der chinesische Vorwurf -, sondern eine Behauptungs- und Verteidigungsnotwendigkeit, die allerdings nur Staaten kennen. Mitten im Vietnamkrieg hatte die Unterstützungsmacht Vietnams, China, die Gelegenheit ergriffen, sich als "Kämpfer gegen beide Supermächte" auf den Westen zu stützen und sich mit den vorbildlichen Mitteln kapitalistischer Technik voranzubringen. Nixon durfte sich in Shanghai das chinesische "Drei-Welten-Modell" erklären lassen, das kein Modell, sondern die endgültige feindliche Absage an das von der Sowjetunion geleitete „Sozialistische Lager“ war, auch wenn die inhaltliche Konkretisierung erst etwas später nachgereicht wurde:

“China, die USA, Europa und Japan sollten sich vereinigen, um den Polarbären an die Kandare zu nehmen.” (Deng, Interview in: Time, 5.2.1979)

Noch während des Krieges bekam die Hilfe Chinas für Vietnam den Charakter eines politischen Druckmittels auf die kämpfenden vietnamesischen Genossen. Mit dem Beschluß, auf die Unterstützung durch die Sowjetunion zu setzen - endgültig besiegelt durch einen Freundschaftsvertrag und den Eintritt in den RGW 1978 - hatte Vietnam mit Kriegsende einen neuen Feind an seiner Grenze hinzugewonnen. Dessen Bündnispartner, die Roten Khmer in Kampuchea, begannen mit einem Grenzkrieg gegen Vietnam, den Hanoi durch die Einsetzung einer provietnamesischen Regierung beendete. Seitdem sind sich die USA und China auch in praktischer Waffenbrüderschaft einig geworden. Sie rüsten gemeinsam die verschiedenen Fraktionen des kambodschanischen Widerstands aus - und haben dieses Modell dann auch auf Afghanistan übertragen.

Mit oder ohne Verhandlungs-Deal der Weltmächte: In Kampuchea wird weiter gestorben

Seit dem Afghanistan-Vertrag wird auch das Kampuchea-Problem wieder öffentlich gehandelt. Dabei gibt westlichen Kommentatoren das sehr einseitige Interesse der Sowjetunion und Vietnams, sich Kampuchea vom Hals zu schaffen, Anlaß zu besten Hoffnungen auf eine Lösung

dieses Konflikts. Worin diese Lösung für Kampuchea selbst bestehen soll, ist so ungefähr das Uninteressanteste und Nebensächlichste, das zur Debatte steht.

Auf ‚Cocktail-Parties‘ unter Obhut der ASEAN-Staaten formulieren die verfeindeten kambodschanischen Parteien Vorschläge für eine mögliche gemeinsame Verwaltung eines künftig von vietnamesischer Präsenz unabhängigen Staates. Über die Ablehnung der Roten Khmer als “Mörder-Clique”, die “nie wieder das Schicksal Kampuchegas mitbestimmen dürfen”, und der Heng-Samrin-Regierung als “Marionettenregime Vietnams” sind beide Seiten hinaus. Die gemeinsame Verantwortung für das künftige Kampuchea vollzieht sich im Gerangel um die Ämter- und Machtverteilung in einem Kambodscha in spe - als gäbe es die politischen Differenzen gar nicht, für die sie militärisch gegeneinander antreten. Konstruktiver Versöhnungswille wird demonstriert, wenn Sihanouk - der wieder einmal mit einem “endgültigen Abtritt von der politischen Bühne” auf die Unverzichtbarkeit seiner Person für jede politische Lösung hinweist - jedes Regierungsamt gleich viermal besetzt sehen will - ein Vertreter für jede Fraktion. Die Roten Khmer bereichern die Aussöhnung durch den Vorschlag, alle gegeneinander kämpfenden Truppen in einer gemeinsamen Armee zusammenzufassen. So absurd und lächerlich das ist, zeigt auch dies, daß die innerkambodschanischen Parteien weder der Grund für den Kriegsfall gleichen Namens noch die Subjekte einer etwaigen Lösung sind.

In Gang gekommen ist diese Verhandlungseuphorie durch die Ankündigung Vietnams, unabhängig von der inneren Entwicklung Kampuchegas seine Truppen bis spätestens 1990 heimzuholen. Die Hälfte seiner Mannschaft hat es bereits dieses Jahr zurückgezogen und sich anderen Sorgen zugewendet. Mehr als je kommt es der kommunistischen Regierung darauf an, ihre einseitige politische und ökonomische Abhängigkeit vom Ostblock durch eine Öffnung zum Westen zu ergänzen und den über das Land verhängten totalen Wirtschaftsboykott aufzubrechen. Das neue Außenhandelsgesetz Vietnams bietet Land und Leute dem westlichen Kapital in einer Aufdringlichkeit an, von der selbst ungarische Reformer noch lernen könnten. Daß bisher fast ausschließlich Auslandsvietnamesen diese Geschäftsmöglichkeit ergriffen haben, ist nicht die Schuld der Regierung.

Die hat inzwischen derart auf Markt und Privatinitiative gesetzt, daß von der staatlichen Planwirtschaft nur noch die Verwaltungshoheit übriggeblieben ist. Dafür steigt die Inflationsrate auf 1000%, und zum ersten Mal seit Kriegsende weiß die Regierung wieder von einer Hungersnot in einigen Landesteilen zu berichten. In bester Glasnost-Manier darf sich die vietnamesische Öffentlichkeit an der Suche nach den korrupten Funktionären beteiligen, deren private Bereicherung den sozialistischen Aufbau so heruntergewirtschaftet hat.

Wenn die Sowjetunion heute vorschlägt:

“Der Genfer Vertrag über Afghanistan kann als Vorbild für die Lösung des Kampuchea-Problems und anderer regionaler Konflikte dienen” (Vize-Außenminister Rogatschow), dann gewiß nicht aus dem vorhandenen Ärger über die ökonomische Last, die Vietnam für den RGW darstellt. Mit dem Angebot der Aufgabe einer Machtposition Vietnams in Kampuchea - mag das dem Souveränitätsempfinden Hanois gefallen oder nicht - will Moskau die USA in eine gemeinsame Verantwortung für den Weltfrieden weiter einbinden und für diesen Fortschritt eine befreundete politische Mannschaft opfern, die anders als in Afghanistan, die Regierungsgewalt im

Land durchaus hat. Für ihre Rolle im Pazifik setzt die Sowjetunion dafür auch nicht mehr auf die Verbündeten, die sie dort hat, sondern auf ein politisches Übereinkommen mit Japan, den ASEAN-Staaten und vor allem mit China.

Die angebotenen Verhandlungen über die Normalisierung der staatlichen Beziehungen lehnt China bisher mit dem Hinweis auf eine Vorbedingung ab: "vollständiger Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kampuchea". Mit dem gleichen Argument können auch die USA der ihnen angetragenen Friedensinitiative noch nichts abgewinnen. Für das Ziel eines bedingungslosen Abzugs der Vietnamesen ist die Fortsetzung des westlichen Boykotts das einzig richtige Mittel. Wo diese einfache Einsicht herrscht, sind Washingtoner Politiker auch zu komplizierten Gedankengängen fähig:

"In Washington verwies ein Regierungsbeamter auf die derzeitige Lebensmittelknappheit und wertete den angekündigten Rückzug als Teil einer Kampagne für internationale Hilfe." (Süddeutsche Zeitung, 28.5.)

So nicht! Wenn Gorbatschow die amerikanische Einschätzung, daß die Russen in Indochina nichts verloren haben, zum Angebot eines Rückzugs der sowjetischen Flotte aus Cam-Ranh umformuliert, dann können die USA darin kein Interesse entdecken - ein entsprechender militärischer Rückzug der Ami-Flotte von den Philippinen kommt nicht in Frage.

Für alle hoffnungsfrohen Menschen, die auf eine vertragliche Lösung für Kampuchea setzen: Wenn es um ein Ende der Leiden des kambodschanischen Volkes ginge, dann ist es ziemlich egal, ob sich die Weltmächte in der dortigen Weltgegend einig werden. Gestorben wird dort weiterhin. Auch nach einem Friedensvertrag. Denn dann muß sich erst noch militärisch beweisen, wer zu Recht der wahre Verantwortliche in einem ,unabhängigen' Kampuchea ist. Die Mittel für diese Rechtsfindung werden auch weiterhin von außen geliefert.